

Absichtserklärung

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, und der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Hans Modrow, sprachen sich während ihrer Begegnung in Dresden am 19. Dezember 1989 gemeinsam für die umfassende Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen und die Schaffung entsprechender vertraglicher Regelungen aus.

Sie kamen überein, über die beabsichtigte Vertragsgemeinschaft in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einen gemeinsamen Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft abzuschließen.

Helmut Kohl und Hans Modrow vereinbarten, daß Beauftragte beider Regierungen unverzüglich in Verhandlungen über den Text eines solchen Vertrages eintreten. Es wurde in Aussicht genommen, den Vertrag im Frühjahr 1990 zu unterzeichnen.

Deutsch-deutsches Sicherheitsmodell 2000

Vorschlag des Vorsitzenden der SED-PDS, Gregor Gysi, vom 6. Januar 1990

(Wortlaut)

Auf einer Tagung des Parteivorstandes der SED-PDS legte Gregor Gysi am 6. 1.1990 den nachstehenden, international beachteten Vorschlag vor, die beiden deutschen Staaten sollten in der vorgesehenen „ Vertragsgemeinschaft“ kooperative Sicherheitsstrukturen vereinbaren. D. Red.

Kann Europa abrüsten ?

Diese Frage Friedrich Engels war im vorigen Jahrhundert utopische Vision. Heute ist sie greifbare Realität. Der Tradition der Arbeiterbewegung folgend, tritt die SED-PDS dafür ein, daß die beiden deutschen Staaten im Zentrum Europas mit der Entmilitarisierung beginnen, in ihrer Vertragsgemeinschaft kooperative Sicherheitsstrukturen festlegen. Das beginnt mit der Denkungsart. Nicht Feind, nicht Gegner, sondern Sicherheitspartnerschaft, nicht Abschreckung, sondern Vertrauen.

Das wird konkret durch radikale Abrüstung.

Wer hindert die beiden deutschen Staaten, ihre Streitkräfte bis 1991 um 50 Prozent zu reduzieren? Wäre es nicht ein gegenseitiger Vertrauensbeweis, wenn beiderseits der Grenze eine entmilitarisierte Zone entstünde? Wenn es weder Tiefflüge noch Landungsschiffe und U-Boote gäbe? Atomare Waffen, auch in Depots, gehören nicht auf deutschen Boden. Übungs- und Sperrgebiete könnten Erholungszonen für Menschen und Natur werden. Freiwerdende Mittel aus dem Verteidigungshaushalt der beiden deutschen Staaten wären einem gemeinsamen Fonds für ökologische Großvorhaben zuzuführen.

Wir sind keine Phantasten. Beide deutsche Staaten gehören zu unterschiedlichen Militärbündnissen. Stehende Heere der europäischen Staaten in einer Größenordnung von mehr als sechs Millionen Soldaten lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Aber bis zum Jahre 2000 wäre es möglich, ihnen jegliche Angriffsfähigkeit zu nehmen.

Für die Ausgestaltung der Vertragsgemeinschaft mit der BRD auf militärischem Gebiet schlägt die SED-PDS vor:

1. Die Nationale Volksarmee und die Bundeswehr werden auf 50 Prozent ihres jetzigen Bestandes reduziert.
2. Jegliche Modernisierung von Waffen und Kriegsgerät wird eingestellt.
3. Die allgemeine Wehrpflicht wird in beiden Staaten auf 12 Monate festgelegt.

Auf Anregung unseres außerordentlichen Parteitages hat die Regierung der DDR der Volkskammer einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

4. Beiderseits der Grenzen in einer Entfernung von 50 bis 80 Kilometern werden keine Einheiten über Kompaniestärke kaserniert. Übungsplätze in diesem Gebiet werden liquidiert.
5. Jegliche Tiefflugübungen sind ab sofort untersagt.
6. In der Ostsee unterhalten die beiden Staaten weder U-Boote noch Landungsschiffe.
7. Die Rüstungsproduktion bzw. Rüstungskäufe werden entsprechend der Zielstellung erheblich reduziert. Waffenverkäufe werden außerhalb der jeweiligen Bündnisse verboten.
8. Die Verbündeten werden aufgefordert, ihre Truppen auf den vollständigen Abzug schrittweise bis 1999 planmäßig vorzubereiten, beginnend in der Grenzzone. Tiefflüge ihrer Luftstreitkräfte sind einzustellen.
9. Kernwaffen und chemische Waffen sind bis zum Jahre 1991 vom Territorium der BRD und der DDR abzuziehen.
10. Die zivile Rehabilitation von Berufssoldaten wird planmäßig und großzügig ohne soziale Nachteile erfolgen. Ein pensionierter Soldat ist billiger als ein aktiver Soldat.

Ohne Abbau der militärischen Gegnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten ist jedes Wort über die Einheit der Nation unglaubwürdig.

Trabi-Wirtschaft gegen Mercedes-Wirtschaft Die Alternative Weltmarkt oder ökologische Wende

Rudolf Bahros Intervention auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED-PDS am 18. Dezember 1989 in Berlin

(Auszüge)

„Es mögen viele für, viele gegen das sein, was wir jetzt gehört haben“ -stellte Tagungsleiter Wolfgang Berghof er auf dem a. o. Parteitag der SED-PDS nach der hier auszugsweise dokumentierten Intervention Rudolf Bahros fest -, es sei „auf alle Fälle kein Grund, einen Menschen dafür acht Jahre seiner Freiheit zu berauben. Insofern“ — so der stellvertretende Parteivorsitzende weiter — „haben wir alle ein kleines Stück Schuld abgetragen, indem wir zugehört haben.“ 1427 Delegierte (53,95 Prozent) hatten sich laut „Neues Deutschland“ vom 19. 12. 1989 dafür ausgesprochen, Bahro, der heute wieder in der DDR lebt, die erbetene Redezeit einzuräumen. In der Sache stieß